

Protokoll des Bayerischen Journalistentages

Mitgliederversammlung des BJV

am 21./22. Mai 2011 in Neumarkt

Tagesordnungspunkt I. 1. Begrüßung durch den Vorsitzenden/Festlegung der Tagesordnung/Wahl des Tagungspräsidiums

Der Erste Vorsitzende des Bayerischen Journalisten-Verbandes, Dr. Wolfgang Stöckel, eröffnet die Mitgliederversammlung um 10.30 Uhr mit der Begrüßung der Teilnehmer. Im Anschluss daran begrüßen der Vorsitzende des gastgebenden Bezirksverbandes Franken/Nordbayern, Michael Busch, sowie des Ortsverbandes Neumarkt, Jürgen Dennerlohr, die Kolleginnen und Kollegen. Herr Dennerlohr stellt kurz Neumarkt und das Maybach-Museum vor, in dem der Bayerische Journalistentag stattfindet. Es folgt das Grußwort des Landrates von Neumarkt, der in seiner Rede im Hinblick auf die laufenden Tarifverhandlungen sehr deutlich darauf hinweist, dass guter Journalismus, der unverzichtbar für eine Demokratie sei, nur geleistet werden könne, wenn die Rahmenbedingungen hierfür stimmten. Er spricht insbesondere die Verantwortung der Verleger hierfür an.

Dr. Wolfgang Stöckel stellt fest, dass zum Bayerischen Journalistentag 2011 form- und fristgerecht eingeladen wurde. Er begrüßt die Gäste des Bayerischen Journalistentages, den DJV-Vorsitzenden Michael Konken, die Vorsitzenden des DJV Nordrhein-Westfalen Helmut Dahlmann und des DJV Hessen Uli Heuser und den Geschäftsführer des DJV Sachsen Michael Hiller sowie die Vorsitzende des Fachausschusses Freie Marina Hube. Ebenfalls werden Andreas Pohlmann vom Versorgungswerk der Presse, Jürgen Marquardt von der DKV und Susanne Müller von der DJV-Service Gesellschaft begrüßt. Im Anschluss hieran bittet Dr. Stöckel die Teilnehmer, sich zum Gedenken der im Berichtsjahr verstorbenen 27 Kolleginnen und Kollegen zu erheben.

Auf Vorschlag des Geschäftsführenden Vorstandes werden Günter Weislogel und Michael Helmerich einstimmig bei zwei Enthaltungen in das Tagungspräsidium gewählt.

Hieran schließt sich das Impulsreferat von Christian Jakubetz (Journalist, Dozent und Blogger) zum Medienwandel an. In seinem Vortrag stellt er zehn Thesen auf, die er im Einzelnen begründet und zur Diskussion stellt:

1. Die analogen Medien stoßen an ihre Grenzen. Inhalte werden immer mehr auf anderen Medien verbreitet.
2. Informationen und Meldungen müssen in den herkömmlichen Medien viel schneller gemeldet und umgesetzt werden, um mit den neuen Medien Schritt zu halten.
3. Da für den grundsätzlichen Informationsfluss bereits durch andere Medien gesorgt ist, ist vor allem ein noch investigativeres Arbeiten erforderlich. Die herkömmlichen Medien müssen innovativer werden. Mitteilungen für die Öffentlichkeit erfolgen nicht mehr auf Pressekonferenzen, sondern über Facebook.
4. Der Journalismus muss die Nachrichten zunehmend moderieren. Die klassischen Abonnements funktionieren nicht mehr, mit Online wird jedoch viel Geld verdient. Die herkömmlichen Medien müssen sich in die Diskussion im Netz einschalten, da sie sonst außen vor bleiben.
5. Die Verlage müssen sich das Wissen der Leser zu Nutze machen. Die Zusammenarbeit mit den Lesern ist immer wichtiger und muss intensiviert werden.
6. Der Journalismus verliert sein Monopol.

7. Crossmedialität wird Standard. Der Journalist muss deshalb alle medialen Ausdrucksformen beherrschen.

8. Hyperlokalität ist erforderlich (z.B. Stadtviertelblogs). Wenn eine Geschichte auf Facebook läuft, ist dies das beste Marketing für das Medium.

9. Wenn von Journalisten immer mehr verlangt wird, muss dies auch mehr Geld kosten.

10. Der Journalismus muss bereit sein, sich auf die neuen Formen der Öffentlichkeit einzulassen.

An den Vortrag von Herrn Jakubetz schließt sich eine rege Diskussion an, an der sich insbesondere Thomas Mrazek, Klaus Reindl, Dieter Germann, Dietmar Schmidt, Wolfgang Zauner, Michael Kraa und Michael Anger beteiligen.

Es folgt die Ansprache des DJV-Vorsitzenden Michael Konken, der in seiner Rede insbesondere auf die Zumutung der Verlegerforderungen in der derzeit laufenden Tarifrunde für Redakteurinnen/Redakteure an Tageszeitungen eingeht.

Daraufhin folgt die Begrüßung durch das Tagungspräsidium, Günter Weislogel und Michael Helmerich. Günter Weislogel erbittet die Zustimmung zur Tagesordnung. Die Tagesordnung wird einstimmig ohne Enthaltungen und Gegenstimmen angenommen.

Tagesordnungspunkt I. 2. Bericht des Vorstandes (Geschäftsbericht)

Dr. Wolfgang Stöckel gibt in seinem Bericht einen Überblick über die Schwerpunkte der BJV-Aktivitäten des vergangenen Jahres. Hierbei geht er zunächst auf die Tarifverhandlungen für Redakteurinnen und Redakteure an Tageszeitungen ein, die sich in der heißen Phase eines Arbeitskampfes befänden. Die Bundesdeutschen Verleger wollten ohne Not den Berufsstand des Journalisten abwerten und demontieren und so „ihren Maybach an die Wand fahren“. Deshalb sei es wichtig, dass auch von Neumarkt wieder ein starkes Signal an die Verleger ausgehe, dass für kritischen und fairen Qualitätsjournalismus auch Arbeitsbedingungen notwendig seien, die ideelle und finanzielle Unabhängigkeit für festangestellte und freie Journalistinnen und Journalisten gewährleisten. Diesmal gehe es um den Wert des Journalismus und die Qualität der Produkte, was auch sehr erfolgreich Lesern und Bürgern vermittelt werden könnte. Die Öffentlichkeitswirkung in den Medien des derzeitigen Arbeitskampfes sei noch nie so groß gewesen. Der DJV habe mit sicherem Gespür den Wert des Journalismus zum Schwerpunktthema gemacht.

Es gebe jedoch noch eine ganze Reihe von weiteren Baustellen, wie z.B. die „Gemeinsamen Vergütungsregeln“, die derzeit noch ein Papiertiger seien und die Sparpakete beim BR. Dr. Stöckel kritisiert, dass beim Bayerischen Rundfunk Feste Freie von der Personalratswahl ausgeschlossen seien. Er geht auch auf die BJV-Kampagne zur Wiedereinführung des bundeseinheitlichen Presseausweises ein und unterstreicht, dass Deutschland europaweit fast das einzige Land sei, in dem es keinen staatlich anerkannten einheitlichen Presseausweis gebe. Dr. Stöckel erwähnte die Lobbyarbeit des BJV und die zahlreichen politischen Gespräche mit Vertretern aller Parteien sowie in der Bayerischen Vertretung in Brüssel und in Berlin. In diesem Zusammenhang erwähnt er insbesondere die vom BJV erfolgreich durchgeführte Podiumsdiskussion zum Thema Leistungsschutzrecht, den massiven Einsatz gegen die ungarischen Mediengesetze, gegen Vorratsdatenspeicherung, für ein Informationsfreiheitsgesetz und für eine gesetzliche Regelung der Akkreditierung.

Dr. Stöckel teilt mit, dass er noch einmal für den Vorsitz des BJV kandidieren werde. Hierzu sei er von vielen Mitgliedern gebeten und ermutigt worden, gerade im Hinblick auf die laufende Tarifausschließung, die Kontinuität des BJV im DJV und die neuformierte Geschäftsstelle.

Abschließend würdigt Herr Dr. Stöckel Dr. Wolfgang Soergel, den langjährigen stellvertretenden Vorsitzenden im BJV, der nicht mehr für den Geschäftsführenden Vorstand kandidiert, für seine großen Verdienste und sein großes Engagement im BJV. Unter anderem habe Dr. Soergel das vielbeachtete

Mentoringprojekt des BJV ins Leben gerufen und sei lange Zeit verantwortliches Vorstandsmitglied des BJV-reports gewesen. Abschließend dankt Dr. Stöckel allen ehrenamtlichen Mitstreitern im Geschäftsführenden Vorstand, im Landesvorstand und in allen Untergruppierungen des BJV sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle und den Nordbayerischen und Neumarkter Kollegen für die Organisation und Ausrichtung des diesjährigen Verbandstages.

Ein detaillierter Überblick über die Geschäftstätigkeit des BJV ist dem in der Anlage beigefügten Geschäftsbericht zu entnehmen.

Tagesordnungspunkt I. 3. Bericht des Schatzmeisters

Peter Nützel verweist auf den schriftlich vorliegenden Bericht zum Haushaltsjahr 2010. Die Mitgliedsbeiträge sowie die Einnahmen für Presseausweise blieben auf Vorjahresniveau, die Zinserträge sind jedoch stark gesunken. Das Defizit 2010 fiel deutlich höher aus als erwartet, da die Rechtsschutzkosten sich fast verdoppelt haben. Des Weiteren müssen Rückstellungen für Pensionszahlungen gebildet werden, da aufgrund stark gesunkener Gewinnbeteiligungen der Lebensversicherungen die erreichte Versicherungssumme für eine Pensionszusage nicht ausreicht. Es wurden Mehrkosten bei den Positionen „report“ und „Webcontent/Design“ eingeplant, da sowohl die Website des BJV als auch der Relaunch des reports anstehe. Es drohen weiterhin erhebliche Kosten wegen einer drohenden Versteuerung der Presseausweise für Mitglieder aufgrund einer geänderten Auffassung der obersten Finanzbehörden. Trotz des hohen Defizits, das jedoch auch auf einmalige Kostenerhöhungen zurückgeht, ist derzeit noch keine Beitragserhöhung nötig. Vorstand und Geschäftsführung werden sich bemühen, Einsparpotenziale zu ermitteln und umzusetzen.

Tagesordnungspunkt I. 4. Bericht der Kassenprüfer

Franz Hackl, als Sprecher der Kassenprüfer, berichtet über die am 15. April erfolgte Prüfung in der Geschäftsstelle des BJV. Er erwähnt, dass die Prüfung von großer Offenheit und Vertrauen geprägt war und dass alle von den Kassenprüfern gewünschten Unterlagen unverzüglich zur Verfügung gestellt wurden. In seinem Bericht geht er insbesondere auf die nahezu Verdopplung der Ausgaben für Rechtshilfe und Rechtsschutz ein. Es wird angeregt, für teure Verfahren rechtzeitig im Haushalt Rückstellungen zu bilden. Des Weiteren spricht er die nötigen Rückstellungen für Pensionsverpflichtungen an, um die Unterdeckung einer eingegangenen Pensionszusage auszugleichen. Im Übrigen lobt er, dass bei vielen Haushaltspositionen der Haushaltsansatz punktgenau eingehalten wurde. Er beantragt uneingeschränkt die Entlastung des Schatzmeisters und des Geschäftsführenden Vorstandes.

Tagesordnungspunkt I. 5. Aussprache

Susanne Schmidt fragt hinsichtlich der gestiegenen Designkosten nach. Peter Nützel erläutert, dass diese im Zusammenhang mit dem Relaunch der Website stehen.

Günter Kögler fragt nach, um welche Pensionsrückstellungen es sich genau handle. Dr. Stöckel erläutert, dass es sich um die Pensionszusage von Frau Ancker handle, die 1993 mit dem damaligen stellvertretenden Vorsitzenden Hans Schneider sowie dem Schatzmeister Horst Beloch vereinbart wurde. Derartige Pensionszusagen waren zum damaligen Zeitpunkt in Verbänden üblich, z.B. gab es eine solche auch im DJV-Landesverband Berlin und bei der ABP. Aufgrund der gefallen Zinsen ist die Finanzierung nur für zehn Jahre gesichert, deshalb sind Rückstellungen erforderlich, um die Rente bis zum Ende finanzieren zu können. Peter Nützel weist darauf hin, dass es sich auch nur um Rückstellungen handle. Der damalige stellvertretende Vorsitzende Hans Schneider erläutert, dass er davon ausgegangen sei, dass der Vertrag, der ihm von der Geschäftsführung damals vorgelegt wurde, passe und man von Kostenneutralität ausgegangen sei. Diese sei jetzt jedoch, obwohl Frau Ancker die Ehrenmitgliedschaft inne habe, nicht umgesetzt worden. Günter Kögler fragt hinsichtlich der Verzinsung nochmals nach, ob diese vom DM- oder Eurobetrag gerechnet werden müsse. Peter Nützel erläutert, dass dies in diesem Fall keine Rolle spiele. Der Vertrag sei rechtswirksam und müsse deshalb eingehalten werden.

Gernot Brauer spricht sich für neue Verbandsstrukturen aus, man müsse sich kurzfristig zusammensetzen, um für neue Mitglieder attraktiv zu sein. Michael Busch erwidert hierauf, dass er dies nicht so sehe. Der BJV sei ein junger, lebendiger Verband, es gebe ausreichend junge Mitglieder, Problem sei nur, dass diese nicht zur Mitgliederversammlung gingen.

Weitere Fragen werden in der Aussprache nicht gestellt.

Tagesordnungspunkt I. 6. Entlastung

Bei Enthaltung der betroffenen Vorstandsmitglieder und einer weiteren Stimme wird die Entlastung bei keiner Gegenstimme erteilt.

Tagesordnungspunkt II. 1. Haushaltsvoranschlag 2011

Peter Nützel erläutert den Haushaltsvoranschlag 2011. Hierbei geht er insbesondere darauf ein, dass die obersten Finanzbehörden ihre Haltung zur Besteuerung von Presseausweisen, die an Mitglieder ausgegeben werden, rückwirkend ab 2009, wie jetzt mitgeteilt, ändern werde. Hier drohen erhebliche Mehrkosten. Des Weiteren erläutert Herr Nützel, dass derzeit ein Relaunch der Website und des reports erfolge. Hierfür seien deshalb sowohl bei Webcontent/Design im Vergleich zum Voranschlag 2010 insgesamt 40.000,- € mehr veranschlagt und für den report nochmals im Vergleich zu 2010 35.000,- € mehr. Er erläutert, dass Entnahmen aus den Rücklagen in Höhe von 160.000,- € bis 180.000,- € erforderlich seien. Da das Finanzpolster jedoch dies verkrafte, seien derzeit keine Beitragserhöhungen notwendig.

Tagesordnungspunkt II. 2. und 3. Aussprache und Genehmigung des Haushaltsvoranschlags

Es gibt keine Wortmeldungen zum Haushaltsvoranschlag. Der Haushaltsvoranschlag wird bei fünf Enthaltung und keiner Gegenstimme angenommen.

Tagesordnungspunkt III. Wahlen

Zunächst wird die Zählkommission gebildet. Für diese melden sich Ralf Beuth, Beke Maisch, Bettina Kühnast, Inga Hobrecker und Emerenz Magerl-Ziegerl. Die Zählkommission wird einstimmig bestätigt.

Tagesordnungspunkt III. 1. Wahl des Geschäftsführenden Vorstandes

Wahl des 1. Vorsitzenden:

Michael Anger schlägt Dr. Wolfgang Stöckel für den Ersten Vorsitzenden wieder vor. Weitere Wahlvorschläge erfolgen nicht. Dr. Wolfgang Stöckel erklärt sich für die Kandidatur bereit. Die Wahl erfolgt in schriftlicher, geheimer Abstimmung. Das Wahlergebnis für die Wahl des 1. Vorsitzenden wird wie folgt bekannt gegeben:

Abgegebene Stimmen: 96, gültige Stimmen 94, ungültige Stimmen 2, Ja-Stimmen: 84, Nein-Stimmen: 10.

Damit ist Dr. Wolfgang Stöckel zum 1. Vorsitzenden wieder gewählt. Dr. Wolfgang Stöckel erklärt, dass er die Wahl annimmt und dankt für das Vertrauen.

Wahl der gleichberechtigten Stellvertreter

Für die Wahl der beiden gleichberechtigten Stellvertreter werden zwei Wahlgänge durchgeführt. Für den ersten Wahlgang schlägt Maria Goblirsch Dr. Hilde Stadler vor. Jürgen Dennerlohr schlägt Michael Busch als weiteren Stellvertreter vor. Es gibt keine weiteren Wahlvorschläge. Sowohl Dr. Hilde Stadler als auch Michael Busch erklären, dass sie für das Amt kandidieren. Daraufhin stellen sich,

nachdem dies gewünscht ist, beide Kandidaten kurz vor. Michael Busch kündigt bereits an, in zwei Jahren für den Vorsitz kandidieren zu wollen. Im ersten Wahlgang wird nun über die Wahl von Dr. Hilde Stadler zur Stellvertreterin abgestimmt. Die Abstimmung erfolgt in schriftlicher geheimer Wahl.

Es werden 97 Stimmen abgegeben. Gültige Stimmen: 88, ungültige Stimmen 9, Ja-Stimmen: 68, Nein-Stimmen: 20. Damit ist Dr. Hilde Stadler zur Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Sie nimmt die Wahl an und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Daraufhin wird über Michael Busch als zweiten gleichberechtigten Stellvertreter in schriftlicher geheimer Wahl abgestimmt: Es werden 94 Stimmen abgegeben. Gültige Stimmen: 90, ungültige Stimmen: 4, Enthaltungen: 3, Ja-Stimmen: 80, Nein-Stimmen: 7. Michael Busch nimmt die Wahl an und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Wahl des Schatzmeisters

Herr Dr. Stöckel schlägt Peter Nützel für das Amt des Schatzmeisters wieder vor. Peter Nützel bestätigt die Kandidatur. Die Abstimmung erfolgt in schriftlicher geheimer Wahl. Abgegebene Stimmen: 89, gültige Stimmen: 86, ungültige Stimmen: 3, Ja-Stimmen: 84, Nein-Stimmen 2, keine Enthaltung. Peter Nützel nimmt die Wahl an und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Wahl des Schriftführers

Für die Kandidatur für die Wahl des Schriftführers schlägt Dr. Hilde Stadler Margit Conrad vor. Des Weiteren wird Christian Weiß vorgeschlagen, der aber erklärt, nicht kandidieren zu wollen. Die Abstimmung erfolgt in schriftlich geheimer Wahl.

Abgegebene Stimmen: 84, gültige Stimmen: 79, ungültige Stimmen: 5, Ja-Stimmen: 63, Nein-Stimmen: 14, Enthaltungen: 2. Margit Conrad nimmt die Wahl an und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Tagesordnungspunkt III. 2. Wahl der Beisitzer

Für die Wahl der Beisitzer werden vorgeschlagen: Maria Goblirsch, Ralph Bauer, Wolfgang Grebenhof, Jürgen Dennerlohr, Bernhard Münkel, Kornelia Doren und Klaus Reindl. Sodann erfolgt die Abstimmung in schriftlicher geheimer Wahl: abgegebene Stimmen: 94, gültige-Stimmen: 93, ungültige Stimmen 1. Wolfgang Grebenhof erhält 72 Stimmen, Jürgen Dennerlohr 62 Stimmen, Maria Goblirsch 62 Stimmen, Klaus Reindl 57 Stimmen, Ralph Bauer 56, Kornelia Doren 40 Stimmen und Bernhard Münkel 31 Stimmen. Da fünf Beisitzerpositionen zu vergeben sind, sind damit Wolfgang Grebenhof, Jürgen Dennerlohr, Maria Goblirsch, Klaus Reindl und Ralph Bauer zu Beisitzern gewählt. Alle nehmen die Wahl an und bedanken sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Tagesordnungspunkt III. 3. Wahl des Aufnahmeausschusses

Für den Aufnahmeausschuss kandidieren: Alois Knoller, Franz Hackl, Thomas Mrazek, Dietmar Schmidt, Herbert Hess, Günter Kögler, Alexander Hauk, Hubert Griebel, Franz Barthel, Dr. Wolfgang Soergel. Abgegebene Stimmen: 85, gültige Stimmen: 82, ungültige Stimmen: 3. Alois Knoller erhält 66 Stimmen, Franz Hackl 58 Stimmen, Thomas Mrazek 56 Stimmen, Dietmar Schmidt 46, Herbert Hess 44, Günter Kögler 43, Alexander Hauk 42, Hubert Griebel 40, Franz Barthel 39, Dr. Wolfgang Soergel 24. Da neun Aufnahmeausschusspositionen zu vergeben sind, sind damit Alois Knoller, Franz Hackl, Thomas Mrazek, Dietmar Schmidt, Herbert Hess, Günter Kögler, Alexander Hauk, Hubert Griebel und Franz Barthel gewählt. Alle nehmen die Wahl an und bedanken sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Tagesordnungspunkt III. 4. Wahl der Kassenprüfer

Für das Amt der Kassenprüfer kandidieren Dr. Markus Mauritz, Markus Hack, Barbara Deller-Leppert sowie Emerenz Magerl-Ziegler.

Die Abstimmung erfolgt in schriftlicher geheimer Wahl: Abgegebene Stimmen: 74, gültige Stimmen: 72, ungültige Stimmen: 2. Dr. Mauritz erhält 53 Stimmen, Markus Hack 46 Stimmen, Barbara Deller-Leppert 40 Stimmen und Emerenz Magerl-Ziegler 38 Stimmen. Damit sind Dr. Mauritz, Markus Hack sowie Barbara Deller-Leppert in das dreiköpfige Gremium gewählt. Alle nehmen die Wahl an und bedanken sich für das entgegengebrachte Vertrauen.

Tagesordnungspunkt III. 5. Wahl des Verbandsgerichts

Für das siebenköpfige Verbandsgericht kandidieren: Rudolf Ammer, Gernot Brauer, Uschi Ernst, Hans Glatzl, Susanne Schmidt, Prof. Dr. Tilmann Steiner und Günter Weislogel. Die Wahl erfolgt per Akklamation. Alle Kandidaten werden per Akklamation bei fünf Enthaltungen und null Gegenstimmen gewählt. Alle Kandidaten nehmen die Wahl an.

Tagesordnungspunkt III. 6. Wahl der Delegierten zum DJV-Verbandstag 2011:

- | | |
|------------------------------------|------------------------------------|
| 1. Weislogel Günter (51) | 35. Bonfig Reinhold (21) |
| 2. Ernst Ursula (48) | 36. Didczuhn-Faber Monica (21) |
| 3. Ammer Rudolf (45) | |
| 4. Glatzl Hans (42) | -----Ersatzdelegierte |
| 5. Hackl Franz (42) | 37. Kühnl Carmen (21) |
| 6. Gillitzer Hans (40) | 38. Bauer Wolfgang (20) |
| 7. Wunder Werner (40) | 39. Bergbauer Franz (19) |
| 8. Doren Kornelia (39) | 40. Wyszengrad Silvio (19) |
| 9. Schmidt Susanne (39) | 41. Beuth Ralph (18) |
| 10. Soergel Dr. Wolfgang (39) | 42. Fabritius Dieter (18) |
| 11. Mauritz Dr. Markus (38) | 43. Michel Johannes (18) |
| 12. Ascherl Andreas (37) | 44. Mittenzwei Dr. Ingrid (18) |
| 13. Deller-Leppert Barbara (35) | 45. Barthel Franz (17) |
| 14. Schlotterer-Fuchs Barbara (32) | 46. Deubelli Ernst (17) |
| 15. Wolf-Götz Renate (31) | 47. Haberl Sebastian (16) |
| 16. Leunissen-Weigl Miriam (30) | 48. Hauk Alexander (16) |
| 17. Roscoe Antje (30) | 49. Steinbrenner Sepp (16) |
| 18. Hahne Peter (29) | 50. Scheiner Michael (15) |
| 19. Söhnlein Eike (29) | 51. Röhrl Lothar (14) |
| 20. Toumia Zohra (29) | 52. Mayr Richard (13) |
| 21. Magerl-Ziegler Emerenz (28) | 53. Schäfer Josef (12) |
| 22. Schmidt Dietmar (28) | 54. Broich-Bernt Siglinde (11) |
| 23. Hess Herbert (26) | 55. Girschner Stefan (11) |
| 24. Kögler Günter (26) | 56. Kohl Isolde (11) |
| 25. Schmeiser-Weiß Kerstin (26) | 57. Weber Hans-Joachim (11) |
| 26. Brauer Gernot (25) | 58. Zitzelsberger Wulf (11) |
| 27. Helmerich Michael (25) | 59. Maile Thomas (10) |
| 28. Kubec Eckehardt (25) | 60. Schwerberger Michael (9) |
| 29. Aumiller Bernd (24) | 61. Weigl Stefan (9) |
| 30. Hunoltstein Rüdiger von (24) | 62. Zimmer Theo J.M. (8) |
| 31. Amann Thomas (23) | 63. Andree Siegfried (7) |
| 32. Mühlbauer Stephan (23) | 64. Müllenbach-Schlimme Katrin (7) |
| 33. Kallhardt Gerd (22) | 65. Schöne Bernd (6) |
| 34. Reiter Johanna (22) | 66. Götz Hans-Jürgen (5) |

Tagesordnung IV. Anträge:

Satzungsändernde Anträge:

Antrag A 1:

Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand

Betr. Änderung von § 8 Abs. 2 der BJV-Satzung, Frist für den Austritt aus dem Bayerischen Journalisten-Verband

Der Antrag A 1 wird bei einer Enthaltung und einer Gegenstimme angenommen. § 8 Abs. 2 der BJV-Satzung wird wie folgt geändert:

„Der Austritt (Abs. 1 a) kann nur schriftlich mit einer Frist von vier Wochen zum Ende eines Kalender- vierteljahres erklärt werden“.

Antrag A 2:

Antragsteller: Aufnahme- und Prüfungsausschuss

Betr. Änderung von § 4 Abs. 4 Satz 2 der BJV-Satzung – Zahl der Mitglieder des Aufnahme- und Prüfungsausschusses

Antrag A 2 wird lang und intensiv sehr kontrovers diskutiert. Nach längerer Diskussion wird der Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte bei sieben Enthaltungen und null Gegenstimmen angenommen. Für den Antrag A 2 stimmen neun Anwesende, sechs enthalten sich der Stimme. Damit erhält der Antrag A 2 nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit.

Ordentliche Anträge:

Antrag B 1:

Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand

Betr. Resolution des Bayerischen Journalistentages 2011 zum Medienwandel („Neumarkter Erklärung“)

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. Antragstext siehe Anlage.

Antrag B 2:

Antragsteller: AK Europa und Medienrecht

Betr. Europäische Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Der DJV setzt sich bei den EU-Institutionen für einen Verzicht auf die EU-Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung ein. Auf jeden Fall aber muss bei einer Novellierung der Informantenschutz umfassend berücksichtigt werden.

Antrag B 3:

Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand

Betr.: Verzicht auf Vorratsdatenspeicherung

Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

Der Deutsche Journalisten-Verband fordert von der Bundesregierung, auf eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung zu verzichten.

Antrag B 4:

Antragsteller: AK Europa und Medienrecht

Betr.: Resolution des Bayerischen Journalistentages 2011 zum „Neuen Mediengesetz“ und der Verfassungsreform in Ungarn („Budapest-Erklärung“)

Dieser Antrag wird bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen angenommen. Antragstext siehe Anlage.

Antrag B 5:

Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand

Betr.: Akkreditierungsbedingungen

Dieser Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

Der DJV setzt sich bei den Innenministern der Länder sowie dem Bundesinnenministerium dafür ein, dass der sogenannte Sicherheitsabgleich bei Akkreditierungen zu Großveranstaltungen nicht weiter erfolgt und hierzu eine gesetzliche Regelung ergeht.

Antrag B 6:

Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand

Betr.: Akkreditierung zur Frauen-Fußball-WM 2011

Dieser Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

Der Bayerische Journalistentag fordert die Veranstalter der Frauen-Fußball-WM 2011 unverzüglich auf, auf den für eine Akkreditierung zur Bedingung gemachten Sicherheitscheck durch Polizei und Verfassungsschutz zu verzichten.

Antrag B 7:

Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand

Betr.: Rückkehr zum bundeseinheitlichen Presseausweis

Auf den Änderungsantrag von Wolfgang Seemann hin wird der Antrag bei einer Enthaltung und zwei Gegenstimmen in folgender Fassung angenommen:

Der DJV nimmt Gespräche mit der Innenministerkonferenz auf mit dem Ziel, die Wiedereinführung eines bundeseinheitlichen Presseausweises für hauptberuflich tätige Journalisten zu erreichen.

Antrag B 8:

Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand

Betr.: Pressefotos von Polizei, Feuerwehr und THW

Zu Antrag B 8 stellt Thomas Schumann folgenden Änderungsantrag: Der Einschub im ersten Satz: „wenn diese Bildmaterial vom Einsatz anbieten“, soll gestrichen werden. Michael Busch stellt den Änderungsantrag: „Zu dem Thema sollten Gespräche aufgenommen und eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden“. Der Änderungsantrag von Michael Busch als weitergehender Antrag wird einstimmig angenommen.

Antrag B 9:

Antragsteller: BZV Mchn./Obb.

Betr.: Begleitende Berichterstattung

sowie

Antrag B 10:

Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand

Betr.: Mitfahren bei Rettungseinsätzen

Auf Empfehlung der Antragskommission werden Antrag B 9 und B 10 gemeinsam behandelt. Der Antrag wird in der Fassung der Antragskommission bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung mehrheitlich angenommen:

Der DJV fordert die Gesetzgeber in Bund und Ländern auf, die jeweiligen gesetzlichen Regelungen so zu ändern, dass eine begleitende Berichterstattung durch die Medien auch in datensensiblen Bereichen weiterhin möglich ist. Dabei ist die Freiheit der Berichterstattung mit den berechtigten Interessen des Persönlichkeitsschutzes sowohl im Strafrecht als auch in den datenschutzrechtlichen Bestimmungen in Einklang zu bringen. Eine freie Berichterstattung ohne jegliche (Vor)Zensur ist sicherzustellen.

Antrag C 1:

Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand

Betr.: Firmeninterne Leiharbeit

Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

Der DJV-Bundesvorstand wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Gesetzesentwurf für Leiharbeit nachgebessert wird und an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu appellieren, dem von der Bundesarbeitsministerin vorgelegten Entwurf nicht zuzustimmen.

Antrag C 2:

Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand

Betr.: Erhalt des Gründungszuschusses

Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

Der DJV-Bundesvorstand setzt sich bei der Bundesregierung dafür ein, dass Existenzgründer weiterhin neun Monate lang Anspruch auf die Zahlung eines Gründungszuschusses haben und dass der bisherige Rechtsanspruch auf finanzielle Unterstützung in der Startphase unverändert erhalten bleibt.

Antrag C 3:

Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand

Betr.: Schluss mit inakzeptablen Tarifforderungen

Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltung angenommen.

Der BJV fordert die Bayerischen Verleger auf, sich innerhalb der Bundesverbände für die Rücknahme ihrer unzumutbaren Forderungen in den laufenden Tarifrunden einzusetzen. Er appelliert an die Zeitungs- und Zeitschriftenverleger in Bayern, sich ihrer Verantwortung als Stützpfeiler der Pressefreiheit bewusst zu werden. Der Flächen-Tarifvertrag schützt gerechte Arbeitsbedingungen, die Voraussetzung für Qualitätsjournalismus sind. Dieser darf nicht durch Outsourcing, Leiharbeit und immer neue Instrumente ausgehebelt werden.

Antrag D 1:

Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand

Betr.: Teilnahme an der Personalvertretung für Feste Freie

Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

Der Bayerische Journalistentag fordert die Staatsregierung und die Landtagsfraktionen auf, das Bayerische Personalvertretungsgesetz so zu ändern, dass auch die beim Bayerischen Rundfunk beschäftigten „Festen Freien“ (sogenannte 12a-ler) an der Personalvertretung teilnehmen können.

Antrag D 2:

Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand

Betr.: Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes

Dieser Antrag wird mehrheitlich, bei einer Gegenstimme angenommen.

Der Bayerische Journalistentag fordert die Staatsregierung und die Landtagsfraktionen auf, Artikel 83 des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes so zu ändern, dass auch Redakteure und Redakteurinnen mit befristeten Verträgen in den Personalrat wählbar sind.

Antrag D 3:

Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand

Betr.: Finanzierung des privaten Rundfunks in Bayern

Gernot Brauer stellt den Änderungsantrag, den Antrag straffer zu formulieren, er soll lauten:

„Der Bayerische Journalistentag fordert die Staatsregierung auf, bei einer Reform der Organisation des Privaten Rundfunks in Bayern eine Förderung aus Staatsmitteln davon abhängig zu machen, dass der Sender seinem Programmauftrag nachkommt, lokale Öffentlichkeit herzustellen und Programminhalte anzubieten, die die Menschen vor Ort interessieren. Dabei muss die Finanzierung zur Ausstrahlung zusätzlich gesellschaftspolitisch wichtige Angebote erfolgen: Beispielsweise

- Sendungen zur Integration, die bei ausländischen Mitbürgern zum Verständnis der Kultur und der Werte des Grundgesetzes beitragen
- Sendungen zur Förderung des interreligiösen Dialogs und der religiösen Toleranz
- Zusätzliche Angebote im Bereich Hochschule und Kultur

Hierbei muss gewährleistet sein, dass diese von den Lokalsendern produzierten Angebote auch die vom Verfassungsgericht geforderten Ansprüche an Qualität und Pluralität erfüllen. Auch ist die Förderung davon abhängig zu machen, dass ausreichendes qualifiziertes Personal zu deutlich verbesserten Arbeitsbedingungen beschäftigt wird. Der Medienrat sollte darüber wachen.

Der Änderungsantrag wird bei zwei Enthaltungen und null Gegenstimmen angenommen. Der Antrag in der geänderten Fassung wird bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen angenommen.

Antrag E 1:

Antragsteller: AK Europa und Medienrat

Betr.: Sammelklage gegen Nichtanwendung der „Gemeinsamen Vergütungsregeln“

Der Antrag wird ohne Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der DJV-Bundesvorstand setzt sich dafür ein, dass die Sammelklage als Instrument des kollektiven Rechtsschutzes im Urheberrecht zugelassen wird. Damit erhielten die Journalistenverbände die Möglichkeit, für die Freien unter ihren Mitgliedern gegen die Nichteinhaltung der gemeinsamen Vergütungsregeln Klage zu führen.

Antrag E 2:

Antragsteller: Geschäftsführender Vorstand

Betr.: Gesetzliches Verbot von Buy-Out-Klauseln

Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

Der DJV-Bundesvorstand setzt sich bei der Bundesregierung für ein gesetzliches Verbot der sogenannten Buy-Out-Klauseln ein. Nur durch eine entsprechende Änderung des Urheberrechtsgesetzes lässt es sich verhindern, dass sich Zeitungs- und Zeitschriftenverlage, aber auch Rundfunk- und Fernsehsender die Rechte der Mehrfachnutzung gegen ein minimales Pauschalhonorar oder zum Nulltarif abtreten lassen oder das Recht zur umfassenden Weitervermarktung durch Verkauf an Dritte an die Auftraggeber übergeht, ohne dass die Urheber an den Erlösen daraus angemessen beteiligt werden.

Antrag E 3:

Antragsteller: BZV Mainfranken

Betr.: PR-Kampagne Gemeinsame Vergütungsregeln

Der Antrag wird in folgender Fassung einstimmig ohne Enthaltungen angenommen:

Der Bayerische Journalistentag fordert den Bundesvorstand des Deutschen Journalisten-Verbandes auf, mit Hilfe geeigneter PR-Maßnahmen die andauernden Verstöße der Medienhäuser in Bezug auf die „Gemeinsamen Vergütungsregeln“ öffentlich zu machen und zu intensivieren. Gleichzeitig sucht der BJV nach eigenen Möglichkeiten, die Gesetzesverstöße der Verleger beim Honorar öffentlichkeitswirksam publik zu machen.

Antrag E 4:

Antragsteller: BZV Mainfranken

Betr.: Sanktionsmaßnahmen bei Verstößen gegen die Gemeinsamen Vergütungsregeln

Der Antrag wird in folgender Fassung einstimmig ohne Enthaltungen angenommen:

Der DJV-Bundesvorstand wirkt auf den Gesetzgeber ein, geeignete Wege zu finden, um angemessene Mindesthonorare in den Medienhäusern durchzusetzen.

Antrag E 5:

Antragsteller: BZV Mchn./Obb.

Betr.: Schutz des geistigen Eigentums

Der Antrag wird vom Antragsteller zurückgezogen. Der Geschäftsführende Vorstand sichert jedoch zu, das Thema „Schutz des geistigen Eigentums“ in angemessener Form in die Öffentlichkeit zu tragen.

Antrag E 6:

Antragsteller: BZV Augsburg/Schwaben

Betr.: Fotografen haben Namen

Es wird der folgende Änderungsantrag zur empfohlenen Fassung der Antragskommission gestellt:

„Der BJV fordert alle Tageszeitungen und Zeitschriftenverlage in Bayern auf, ihrer Verpflichtung gemäß § 13 UrhG nachzukommen und bei jeder Fotoveröffentlichung den Namen des Autors zu nennen. Es genügt nicht, nur die Presseagentur anzugeben bzw. auf den Anspruch auf eine honorarfreie Veröffentlichung („hf“, „oh“) hinzuweisen.“

Der Änderungsantrag wird mit einer Enthaltung angenommen. Der Antrag wird in der geänderten Fassung bei einer Enthaltung einstimmig angenommen.

Antrag F 1:

Antragsteller: BZV Mainfranken und AK Europa und Medienrecht

Betr.: BJV-Grundsatzprogramm

Der Antrag wird einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

Der BJV stellt ein Grundsatzprogramm auf, das seine Positionen in allen Fragen der Verbandspolitik deutlich macht. Das Programm wird der Mitgliederversammlung zur Verabschiedung vorgelegt. Der Landesvorstand wird beauftragt, eine Kommission zu berufen, die das Programm erarbeitet. Sie soll Vertreter aller im BJV organisierten Gruppe enthalten, aber auch auf externe Fachleute aus Politik und Verbänden zurückgreifen.

Antrag F 2:

Antragsteller: AK Europa und Medienrecht

Betr.: BJV-Hochschultag als Forum des Dialogs

Gernot Brauer stellt den Änderungsantrag, im Antrag auch die Akademien zu erwähnen. Der Antrag sollte dementsprechend lauten:

„Der BJV verstärkt seine Kontakte zu den Bayerischen Akademien und Hochschulen und deren Lehr- und Wissenschaftseinrichtungen. Er verfolgt dabei das Ziel, ein Netzwerk des fachlichen Austausches im Medien-, Arbeits- und Sozialrecht, der Journalistik und anderen Fachgebieten zu schaffen. Als Forum des Dialogs soll ein BJV-Hochschultag dienen, der jährlich an einem anderen Standort abgehalten wird und für den Journalismus relevante Themen öffentlich machen soll.“

Der Änderungsantrag wird einstimmig angenommen. Der Antrag wird in dieser Fassung einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

Antrag F 3:

Antragsteller: BZV Augsburg/Schwaben

Betr.: Wettbewerb Pressefoto Bayern

Der Antrag wird in der Fassung der Antragskommission bei null Gegenstimmen und drei Enthaltungen angenommen.

Die beim Wettbewerb Pressefoto Bayern eingereichten Fotografien werden auf Wunsch des Einreichers auf dessen Kosten nach der Jurierung wieder zurückgesandt.

Antrag F 4:

Antragsteller: BZV Mainfranken

Betr.: Einrichtung einer Auftrags- und Stellenbörse

Der Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

Der BJV Landesvorstand wird aufgefordert, auf seiner neugestalteten Homepage eine Auftrags- und Stellenbörse für freie Journalisten einzurichten.

Antrag F 5:

Antragsteller: Dr. Ernst Deubelli, BZV Niederb./Oberpfalz

Betr.: Einrichtung einer Befindlichkeitsumfrage bei BJV-Mitgliedern

Der Antrag wird äußerst umstritten diskutiert, insbesondere die Frage, wie dieser Antrag fachgerecht umgesetzt werden kann. Es wird die Überweisung an den Landesvorstand vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird einstimmig ohne Enthaltungen angenommen.

Tagesordnungspunkt V Bekanntgabe der Wahlergebnisse (siehe jeweils unter Tagesordnungspunkt III bereits angegeben)

Tagesordnungspunkt VI. Verschiedenes

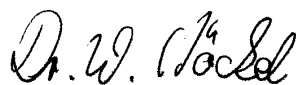
Es wird angeregt, dass eine der nächsten Vorstandssitzungen sich als Schwerpunkt mit den gemeinsamen Vergütungsregeln befassen soll. Auch sollte eine verbesserte Außendarstellung des Verban-

des erfolgen. Es erfolgt auch eine Aussprache über die Demonstration im Zusammenhang mit den laufenden Tarifverhandlungen für Redakteure und Redakteurinnen an Tageszeitungen. Barbara Deller-Leppert kritisiert, dass die Demonstration nicht ausreichende Außenwirkung erzielen konnte. Daran schließt sich eine lebhafte Diskussion an. Christian Weiß moniert eine mangelnde Umsetzung von Themen und Schwerpunkten des BJV im Internet und auf der Homepage, insbesondere wurde dort nicht aktuell über den Verbandstag berichtet. Hierzu äußerte Dieter Germann, der mit der externen Pressearbeit für den Verbandstag beauftragt war, dass sowohl auf dpa als auch in allen Tageszeitungen und Online Meldungen über den Verbandstag vorlagen und berücksichtigt wurden.

Tagesordnungspunkt VII. Schlusswort des Vorsitzenden

Dr. Wolfgang Stöckel dankt den Teilnehmern für ihr Kommen und für ihre engagierte Mitarbeit. Er lädt alle für das nächste Jahr zum Bayerischen Journalistentag 2012 nach Deggendorf, Niederbayern ein.

Der Verbandstag fand zweitägig von Samstag, 21. Mai 2011 bis Sonntag, 22. Mai 2011 statt. Er wurde um 16.45 Uhr am 21. Mai 2011 unterbrochen, da ab 17.00 Uhr eine Demonstration vom Tagungsort durch die Fußgängerzone in die Innenstadt von Neumarkt für einen angemessenen und fairen Tarifabschluss bei den laufenden Tarifverhandlungen für Redakteure und Redakteurinnen an Tageszeitungen stattfand. Vorweg fuhr der Demonstration ein mit entsprechenden Parolen ausgestattetes „Bierbike“. Anschließend fand ein Empfang beim Oberbürgermeister von Neumarkt in der Residenz von Neumarkt statt und ab 19.00 Uhr die Führung durch das Museum für historische Maybachfahrzeuge, an die sich an das gesellige Beisammensein anschloss. Der Verbandstag endet am 23. Mai 2011 um 13.00 Uhr.



Dr. Wolfgang Stöckel
1. Vorsitzender

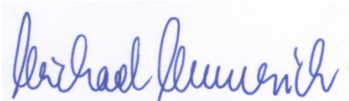


Margit Conrad
Schriftführerin



Jutta Müller
Geschäftsführerin

Für das Tagungspräsidium:



Michael Helmerich